

Werden wir alle schamlos irregeführt?



John F. Kennedy wurde am 22.11.1963 in Dallas ermordet.

In seinem Buch „Wir werden alle schamlos irregeführt“ beschreibt der Oesterreichische Autor Gerhoch Reisegger die Geschichte vom 11. September 2001 bis zum IRAK-Krieg. Auf Seite 41 beschreibt Reisegger einen Vorgang, der im Zusammenhang mit dem 50. Todestag von John F. Kennedy wieder top aktuell ist. Dieser Vorgang steht im Zusammenhang mit dem auch heute wieder aktuellen Thema: Der Organisation des Geldes und der Währungsräume. **Für jeden Politiker, Journalisten oder Staatsbürger kann der von Gerhoch Reisegger beschriebene Vorgang sehr einfach nachgeprüft werden – wie Sie untenstehend lesen können.**

Gemäss Reisegger wurde am 4. Juni 1963 durch John F. Kennedy der Versuch unternommen, die Federal Reserve Bank (FED) – also die US-Notenbank - unter die Kontrolle der Demokratie zu nehmen. Kennedy soll der Ansicht gewesen sein, dass er die Armut in den USA nur bekämpfen könne, wenn er als Präsident der USA auch die Kontrolle über das wichtigste Machtmittel – das Geld – ausüben könne.

John F. Kennedy unterzeichnete in dieser Logik die Executive Order (EO) Nr. 11110.

Diese war so formuliert, dass der Präsident der Vereinigten Staaten basierend auf einem Silberstandard und unter Umgehung der Privat-Banken, welche zum Federal Reserve System (FED) gehören, eigenes Geld ausgeben dürfte. Kennedy hätte also das gemacht, was man jetzt für Griechenland wieder diskutiert. Mit einer Parallelwährung hätte er es ermöglicht, dass sich die von Armut betroffenen Südstaaten eine gesunde neue Wirtschaftsstruktur hätten aufbauen können.

John F. Kennedy soll solche US-Banknoten (Kennedy Bills) vor seinem Tod bereits in Umlauf gesetzt haben. Nach seinem Tod soll dieses Geld

von Präsident Lindon B. Johnson wieder aus dem Verkehr gezogen worden sein.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Johnson in seiner Amtszeit massiv an einer besseren und gerechteren Gesellschaft gearbeitet hat. Unter dem Titel „Great Society“ führte er die Ideen der Armutsbekämpfung von John F. Kennedy weiter. Jedoch ohne Anwendung der Executive Order 11110. Gemeinsam mit Demokraten und Republikanern wurde unter Johnson ein massives Programm zur Armutsbekämpfung umgesetzt. Jedoch ohne die Macht der gelddruckenden Privatbanken zu brechen – wie Kennedy dies wollte.

Die Schweizer Politiker, die EU und die UNO und jeder US-Bürger könnten folgendes machen:

- 1. Abklären, ob diese Exekutive Order 11110 tatsächlich existiert.**
- 2. Der Frage nachgehen, warum Kennedy diese Executive Order erlassen hat und warum sie später von Lindon B. Johnson nicht umgesetzt wurde.**
- 3. Folgende Frage stellen: Ist Kennedy's Idee nicht auch heute noch richtig? Gibt es Armut und Arbeitslosigkeit in einer Demokratie, wenn die Politiker und damit die BürgerInnen die Kontrolle über die Nationalbank und damit über das Geld besitzen?**

John F. Kennedy ist also – so diese Geschichte stimmt – einer für alle Freunde der Demokratie wichtigen Frage nachgegangen: Soll das Drucken (schöpfen) von Geld durch Private erfolgen dürfen – oder sollte nur der demokratische Rechtsstaat dieses Recht besitzen. Braucht Demokratie staatliches Geld? Wer hat heute das Recht Geld zu schöpfen und ist dies gut für die Demokratie, wenn die weltweite private Geldmacht heute noch so aufgebaut ist – wie vor 50 Jahren.

Diese Fragen, sollten heute – im Jahre 2013 – also 50 Jahre nach John F. Kennedy's Tod - jeden beschäftigen, der eine Wirtschaft schaffen will, die dem Menschen dient. **Die seit 2008 andauernde Staatsschulden- und Finanzkrise ist lösbar. Wenn wir die richtigen Fragen stellen. Davon bin ich überzeugt.**

Ivo Muri
Sursee, 22. November 2013